

07.07.16 | Unterbringung

Hamburg ringt um den Flüchtlings-Kompromiss

Die Diskussionen zwischen der Volksinitiative und der Stadt über eine Lösung der Flüchtlingsunterbringung gehen in die heiße Phase. Das sind die Etappen der Verhandlung im Überblick. Von *Philipp Woldin*

Die Gespräche zwischen der Volksinitiative und den Regierungsfractionen über eine Lösung der Flüchtlingsunterbringung gehen in die heiße Phase – und Akteure aus Verbänden, Kirchen und Zivilgesellschaft hoffen auf einen Kompromiss.

"Einigt euch" – so heißt der Appell, den Vertreter der Diakonie, Nordkirche, dem islamischen Rat Schura, der Gewerkschaften, Caritas, Sportbund, der Patriotischen Gesellschaft und andere Gruppen an die beiden Verhandlungspartner richten. Sie seien in Sorge, sagte Landespastor Dirk Ahrens. "Eine Volksabstimmung zum Thema Flüchtlinge würde die Gesellschaft emotionalisieren und spalten." Dies sei aber keine generelle Aussage gegen Volksentscheide. Einigt euch, das fordert die Zivilgesellschaft. Aber klappt das noch? Das sind die nächsten Etappen der Verhandlung:

Der Zeitplan

An diesem Donnerstag ist offiziell der letzte Verhandlungstag angesetzt, die Gespräche werden den ganzen Tag dauern. Am 8.7 möchte die stadtweite Volksinitiative die Ergebnisse den befreundeten Initiativen in den Bezirken vorstellen und darüber debattieren. Es dürfte ein stressiges Wochenende für SPD-Chef Andreas Dressel und Grünen-Chef Anjes Tjarks werden, Nachverhandlungen zu Details und lokalen Anliegen sind wahrscheinlich. Am Montag stellt das "A-Team" ([Link: http://www.welt.de/156186242](http://www.welt.de/156186242)) die Ergebnisse ihren Fraktionen vor. Gibt es eine Einigung zwischen den Verhandlungsparteien, ist für Dienstag eine gemeinsame Pressekonferenz anberaumt. In der letzten Bürgerschaftssitzung am 13. und 14. Juli müsste dann mit einem Beschluss ein Volksbegehren obsolet gemacht werden.

Die Knackpunkte

Die Gespräche sind ein schwieriger Balanceakt: Auf Regierungsseite haben Dressel und Tjarks das volle politische Mandat, Fachbehörden und Bezirksämter sind am Rande an den Gesprächen beteiligt, sie müssen dann meist nur noch ausgehandelte Bürgerverträge absegnen. Je umkämpfter die Lösung, desto weniger haben sie dabei mitzureden. "Die weniger wichtigen können wir beeinflussen und mitgestalten. Die Abstimmung läuft aber oft sehr chaotisch und spät", sagt ein Bezirksvertreter. In Stadtteilen wie Langenhorn, Eppendorf, Klein-Borstel und natürlich Neugraben-Fischbek gibt es eine Einigung. Nach "Welt"-Informationen ist vor allem Eidelstedt ein kritischer Stadtteil, die lokale Initiative fürchtet um die Sozialstruktur der Nachbarschaft. Auch in Poppenbüttel und Hummelsbüttel ging es lange nur zäh voran, in Rissen hakt es an Zusagen bei der Infrastruktur. Dieser Stadtteil ist für die Initiative besonders wichtig, zentrale Vertreter wie Klaus Schomacker ([Link: http://www.welt.de/156056073](http://www.welt.de/156056073)) leben dort.

Die Begrenzung auf 300 Personen pro Unterkunft scheint nicht in Stein gemeißelt. "Wir haben uns schon bewegt", sagt Klaus Schomacker der "Welt". Es gibt wohl eine neue Größe, ähnlich wie bei der kürzlich angepassten Flüchtlingsprognose wird auch in den Verhandlungen viel von Szenarien gesprochen. Bei einem unverhofften Anstieg der Zahlen 2016 könnten für eine Unterkunft, die erst 2017 gebaut wird, andere Parameter gelten als bei sinkenden Zahlen, auch der Übergang der Expresswohnungen in den freien Wohnungsmarkt ist variabel. Die Initiative hatte einen Mindestabstand von einem Kilometer zwischen Standorten gefordert, auch über Stadtteilgrenzen hinweg. Das lehnte die Stadt lange ab und argumentierte, dass sich wiederum die Verteilung der Flüchtlinge auf Schulen an Grenzen orientieren müsste, ein Widerspruch. Die Volksinitiative drängt auf möglichst einheitliche

Lösungen.

Die Chancen

Die Regierungsfractionen wollen einen polarisierenden Volksentscheid mit aller Macht verhindern, und auch den Bürgerinitiativen ist ein Kompromiss lieber. Die Verhandler wissen selbst, wie ein monatelanger Wahlkampf rund um das Thema Flüchtlinge die Gesellschaft spalten, wie Populisten das Thema kapern könnten. Noch ist vieles offen, vor allem, weil mehrere Gesprächsebenen gleichzeitig laufen und zu einem Vertragswerk verwoben werden müssen: die Gesamtlösung für die Stadt und die Bürgerverträge in den Bezirken. "Es wird am Ende wohl klappen", sagt ein Vertreter der Stadt, der mit den Gesprächen vertraut ist. Aber es wird knapp.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT



WELT Digital 12 Monate für nur 12,99 €_{mtl.}!

Jetzt testen!